



PETRA TIEMANN
Wahlkreis Stade



ALEXANDER PAATSCH
Wahlkreis Buxtehude

**WEIL NIEDERSACHSEN
STARK BLEIBEN MUSS.**

Landtagswahl am 15. Oktober
2 Stimmen für die SPD.




Die Experten des **Mobilen Gestaltungsbeirats** bei der Ortsbesichtigung auf dem Petri-Platz in Buxtehude.

Aufräumen auf dem Petri-Platz

Sechs Stunden haben externe Experten und Zuständige aus Buxtehude über den Platz beraten

Von **Kevin Gollasch und Karsten Wisser**

BUXTEHUDE. Fast den ganzen Tag haben am Donnerstag die Experten des „Mobilen Gestaltungsbeirats“ (MGB) mit den Verantwortlichen von Stadt und Fraktionen über die zukünftige Gestaltung des St.-Petri-Platzes beraten. Dabei waren sich die Experten einig: Der St.-Petri-Platz hat großes Potenzial.

Eine Aufwertung des Platzes wird aktuell diskutiert, weil derzeit auch das angrenzende Museum umgestaltet wird. Eine Attraktivitätssteigerung wird auch von den Gastronomen und Geschäftsleuten gefordert.

Mit einer gemeinsamen Begehung des Petri-Platzes im Norden der Altstadt von Buxtehude begann die Tagung des MGB am Donnerstag um 9.45 Uhr. Die Experten konnten sich so einen eigenen Eindruck von dem Platz machen, denn sie sind nicht aus Buxtehude. Ganz bewusst hat sich die Hansestadt dafür entschieden, auswärtige Experten zurate zu ziehen, um einen anderen Blickwinkel mit den Ansichten der ortsansässigen Zuständigen zu kombinieren. „Als Buxtehuder wird man ja mit der Zeit sozusagen betriebsblind und sieht gar nicht mehr, was Leuten, die zum ersten Mal hier sind, sofort auffällt“, sagte dazu Stefan Schilling. Der Vertreter der CDU sitzt unter anderem im Bau- und Liegenschaftsausschuss der CDU.

Und tatsächlich ist den Architekten und Stadtplanern vom MGB einiges aufgefallen. Als der Erste Stadtrat Michael Nyveld das Problem beschrieb, dass der Fußgängerstrom am Alten Rathaus nach links abbiegt und kaum jemand zum Petri-Platz weitergeht, wusste Lothar Tabery

aus Bremervörde schon warum. „Das liegt vermutlich daran, dass die Straße nach hinten so offen aussieht und dort so viel Grün ist. Das erweckt den Eindruck, als sei die Innenstadt dort vorbei“, sagte der Architekt aus Bremervörde, der die Veranstaltung auch moderierte. Quer durch die Fraktionen und von allen Experten gab es dazu einhellige Zustimmung.

Dazu komme, dass der Petri-Platz, der durchaus seinen Reiz habe, schlecht in die Stadt eingebunden sei. Dazu müssten Durchgänge, Tore und Wege rund um den Platz besser gestaltet werden.

Zum Beispiel sei es auch enorm wichtig, die Sichtachsen frei zu halten. So monierte Tabery unter anderem, dass die Petri-Kirche, immerhin Namensgeberin des Platzes, auf der Ostseite von Bäumen verdeckt ist. Auf der Westseite sei außerdem die Sichtachse auf den repräsentativen Eingang durch parkende Autos versperrt.

Diese Einschätzung teilt auch Professorin Irene Lohaus aus Hannover: „Es geht nicht nur darum, den Platz attraktiver zu machen, sondern auch darum, die Wegführung zu verbessern, und zwar aus allen Richtungen.“ Man müsse deutlich machen, dass da „noch etwas kommt“.

Der Platz selbst habe zwar viel Potenzial, so MGB-Mitglied Professor Dr. Volker Droste, aber das sei noch nicht richtig ausgeschöpft. Ein Vorschlag des MGB war deshalb auch, den Platz für den Durchgangsverkehr zu sperren. Für Gastronomen und Fußgänger würde er dadurch viel an Reiz gewinnen. Wenn eine Außenbestuhlung durch die ansässige Gastronomie mit mehr Sitzmöglichkeiten ohne Verzehrszwang kombiniert werde, könne dies den Platz nachhaltig beleben.

Die aktuelle Möblierung des Platzes mit Brunnen, Straßen-

schildern, Pollern, Mülleimern und Bäumen sollten die Zuständigen hingegen noch mal überdenken. „Der Platz ist zu voll, mit zu vielen Gestaltungselementen ohne Bezug zueinander“, so Tabery. Das wirke nicht einladend. Auch die Bäume auf dem Platz wirkten durch ihren Zustand nicht mehr einladend und seien scheinbar gepflanzt worden, ohne ihre abschirmende Wirkung zu bedenken.

Bei allen Vorschlägen stellten die Experten aber immer wieder klar, dass die Stärken des Platzes erhalten bleiben sollten. Da der Petri-Platz sehr wichtig für Veranstaltungen wie den Wochenmarkt oder das Weinfest sei, müsse er auch dahingehend angepasst werden. Denn die Funktion des Platzes sei in seiner Gestaltung momentan nicht erkennbar. Abhilfe könnten zum Beispiel versenkbare Poller oder ein abstellbarer, ebenerdiger Brunnen schaffen, was der flexiblen Nutzung des Platzes gerecht werden würde.

All diese Vorschläge wolle man allerdings nur als Anregungen verstanden wissen, stellte der MGB klar. „Die Planung muss noch detaillierter erfolgen, und die Anlieger müssen in die Planung intensiv mit einbezogen werden“, so Lohaus. Wichtig war es den Experten, was Architekt und Stadtplaner Thomas Möhlendick (Braunschweig) auf den Punkt brachte: „Der Platz ist noch nie als Ganzes gedacht worden.“ Professor Karsten Ley von der Hochschule 21 war es wichtig, bei der Gestaltung des Platzes die Bedeutung der St.-Petri-Kirche hervorzuheben, ohne dabei – da waren sich alle Beiratsmitglieder einig – die Struktur im Nahbereich (wie Abgrenzung und Grünfläche) grundsätzlich verändern zu müssen.

Er wies außerdem darauf hin, dass der Petri-Platz eine prominente Stellung in der Altstadt ha-

be: Einerseits diene der Platz als Abschluss der Achse Lange Straße und andererseits bilde er von der Harburger Straße kommend den Eingang zur Altstadt.

Auch wenn die abschließende Empfehlung des Gremiums noch aussteht, wurde in der Sitzung bereits klar: Die vier Beiratsmitglieder, Architekten und Städtebauer aus Niedersachsen, gehen davon aus, dass der Petri-Platz gestärkt werden kann und sollte. Der Oldenburger Architekt und Stadtplaner Professor Dr. Volker Droste umschrieb die Arbeitsweise des Gremiums: „Wir denken hier nicht konkret, sondern konzeptionell.“ Eine Empfehlung hatte Landschaftsarchitektin und Stadtplanerin Professorin Irene Lohaus Buxtehude dennoch deutlich ausgesprochen: „Befassen Sie sich weiter damit, initiieren Sie einen Planungsprozess.“

Buxtehudes Erster Stadtrat zeigte sich im Anschluss sehr zufrieden: „Mich hat die Arbeit überzeugt. Der Beirat hat neuen Input geliefert, er hat bei uns allen den Horizont erweitert.“ Der Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung, Ortschaftsangelegenheiten und Umweltschutz, Thomas Sudmeyer (SPD), sah das ganz ähnlich: „Zu oft denken wir kleinteilig, der Beirat hat dazu beigetragen, den Blick zu weiten.“

Die weiteren Schritte: Das Sitzungsprotokoll wird der Verwaltung übergeben, die politischen Fraktionen bekommen das Protokoll ebenfalls zur Beratung, schließlich wird das Thema „Weiterentwicklung des Bereiches um die St.-Petri-Kirche“ in die Fachausschüsse des Stadtrates getragen. Dann wird entschieden, wie mit der Gestaltung des St.-Petri-Platzes weiter verfahren wird. Bereits geplant ist, den Eingang des Buxtehude-Museums vom Stavenort auf den St.-Petri-Platz zu verlegen.



Ebbe und Flut Wasserstände an der Elbe

	Wischh.	Grauerort	Cranz
HW I	10.13	10.44	11.26
HW II	23.10	23.41	--
NW I	4.25	5.01	5.59
NW II	17.20	17.56	18.54

Quelle: BSH

Hallo, wie geht's?



Super, ich freue mich auf unseren Theaterübungs-marathon heute und die Premiere nächste Woche.

Lena Reitmann, Theatergruppe Oldendorf

Tempo-Kontrolle

Mobil kontrolliert wird heute in:

Buxtehude, Eilendorf, Grundoldendorf, Apensen, Kutenholz und Sandkrug. Änderungen und weitere Kontrollen möglich.



Elektronikgerätegesetz

Rückgabe von Altgeräten nutzen

LANDKREIS. Damit möglichst viele Elektro-Altgeräte dem Recycling zugeführt werden, sind die Rücknahmepflichten des Handels im Elektronikgerätegesetz vor einem Jahr erweitert worden. Damit wird die Entsorgung einfacher, Abfälle werden verringert sowie Rohstoffe und Energie gespart. Seit dem 25. Juli 2016 muss der Handel ausgediente Elektronikgeräte zurücknehmen. Darauf macht das Umweltamt des Landkreises Stade aufmerksam.

Alle stationären Händler, Verkäufer und Handwerker mit einer Verkaufsfläche für Elektrogeräte von mindestens als 400 Quadratmeter pro Geschäft sind zur kostenlosen Rücknahme von Altgeräten verpflichtet. Das gleiche gilt für den Online- und Versandhandel mit einer Lager- und Versandfläche von mindestens 400 Quadratmeter pro Standort. Es sind nur Geräte zurückzunehmen, die in privaten Haushalten genutzt werden können. Kühlschränke, Fernseher, Waschmaschinen, Drucker und ähnliches müssen dann kostenlos zurückgenommen werden, wenn ein entsprechendes Gerät neu gekauft wurde. (st)

Kompakt

Sperrung

S-Bahn fährt auch wieder nach Stade

LANDKREIS. Wie die S-Bahn am Freitagnachmittag mitteilte, verkehren die Bahnen der Linie S 3 ab sofort wieder eingeschränkt zwischen den Haltestellen Horneburg und Stade. Nach Angaben des Unternehmens fahren die Züge in beide Richtungen ganztägig im Stundentakt. Im Berufsverkehr seien zusätzlich Busse auf der Strecke unterwegs. Ursprünglich sollte bis Freitag, 20. Oktober, aufgrund der Schäden an den Oberleitungen lediglich Schienenersatzverkehr zwischen Stade und Horneburg verkehren. (st)

Gast-Kolumne zum Wochenende: Mobilität und Parkgebühren



Von **Andrea Reidl**

Autos stehen lange ungenutzt herum

er erweitert. Es gibt drei weitere Linien für die 320 000 Einwohner, und demnächst ergänzen 53 Biogas-Doppeldeckerbusse die Elektrobus-Flotte.

Das kommt gut an. Allein bei der Straßenbahn stiegen die Nutzerzahlen von 2015 zu 2016 um 50 Prozent, auf elf Millionen Fahrgäste. Die neuen Angebote haben das Mobilitätsverhalten der Stadtbevölkerung und der Pendler massiv verändert. Einige Arbeitnehmer sind aufs Rad umgestiegen, viel mehr nutzen aber den öffentlichen Nahverkehr.

Verkehrsexperten bezeichnen das Nottingham-Projekt als Push&Pull-Maßnahme. Mit den hohen Parkgebühren wird Druck ausgeübt, aber gleichzei-

tig werden interessante Angebote geschaffen, um nachhaltige Mobilität zu fördern. Davon träumen deutsche Städte. Wenn der Verkehr hierzulande in den größeren Städten in Zukunft noch rollen soll, muss der Anteil der Pkw massiv sinken. Das Umweltbundesamt hat für größere Städte eine Zielgröße von 150 Pkw pro 1000 Einwohner ermittelt. In Hamburg sind es heute 426, in Berlin 335. Würde der Wert tatsächlich auf 150 sinken, bräuhete man so gut wie keine öffentlichen Parkstreifen mehr entlang der Straßen. Sie könnten in Radwege und Busspuren, Grünflächen oder Plätze für Menschen umgewidmet werden.

Die Zahl zu senken, ist durchaus machbar. Untersuchungen zeigen: Viele Autobesitzer im Stadtzentrum nutzen ihr Auto kaum. Sie behalten es aus reiner Gewohnheit oder weil das Parken vor der Haustür so günstig ist. In Berlin bezahlen die Bewohner für einen Parkausweis nur 20,40 Euro für zwei Jahre, in Hamburg, München und Köln sind es 30 Euro pro Jahr. Das ist im Ausland anders. In Zürich kostet der Anwohnerparkausweis umgerechnet 261 Euro.

Vor diesem Hintergrund ist Krauses Aktion brandaktuell, denn er weist auf ein gesellschaftliches Problem hin, das dringend diskutiert werden muss: die Verteilung des öffentlichen Raums in der Stadt.

Die Autorin ist freie Journalistin mit Schwerpunkt Verkehr und nachhaltige Mobilität. Seit 2014 ist Reidl Mitglied im Beirat Radverkehr des Bundesverkehrsministeriums. Sie schreibt unter anderem für „Zeit online“ und die „Wirtschaftswoche“.

An dieser Stelle schreiben jeden Sonntag Autoren aus der Region zu einem von ihnen selbst gewählten Thema. Im Autoren-Pool sind Christian Poppe, Sebastian Andrae, Dieter Hünerkoch, Heiko Tornow, Oliver Kühn, Christiane Oppermann, Marius Bester, Andrea Reidl und Teja Adams.

22 Stunden und 48 Minuten hat der freischaffende Konzeptkünstler Norbert Krause neulich hinterm Steuer gesessen – auf einem Parkplatz in der Venloer Straße mitten in Köln Ehrenfeld. Krause hat den Zeitraum bewusst gewählt, denn 22 Stunden und 48 Minuten stehen Autos in Deutschland jeden Tag ungenutzt herum.

Für die Städte ist das ein Problem, denn geparkte Autos verbrauchen den knappen öffentlichen Raum. Trotzdem ist Parken in Deutschland im europäischen Vergleich sehr günstig, häufig sogar kostenlos. Dabei kann mit kluger Parkraumbewirtschaftung nachhaltige Mobilität gefördert werden.

Die englische Stadt Nottingham hat 2012 beispielsweise die sogenannte Workplace Parking Levy (WPL) eingeführt, eine Parkgebühr am Arbeitsplatz. Arbeitgeber mit mehr als zehn Parkplätzen für ihre Angestellten müssen seitdem eine jährliche Abgabe von knapp 300 Euro pro bereitgestelltem Parkplatz zahlen. Anfangs war die Empörung in Nottingham groß, mittlerweile ist die WPL jedoch etabliert.

Denn die Einnahmen – im vergangenen Jahr rund 10,7 Millionen Euro – steckt Nottingham kontinuierlich in die öffentlichen Verkehrsmittel. Die Stadt hat ihr Straßenbahnnetz seit 2012 um 17,5 Kilome-